

BUCHBESPRECHUNG

Der Wandel der Wirtschaftsforschung in neun Jahrzehnten

REZENSENT

Günther Chaloupek*

WERK

Butschek, Felix/Tichy, Gunther/Walterskirchen, Ewald (2022).

Von der Konjunkturforschung zum Kompetenzzentrum.

95 Jahre Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Wien, Böhlau Verlag; Brill Österreich Ges.m.b.H. 152 Seiten. Gebundenes Buch. 36,00 EUR.

ISBN 978-3-205-21566-0

ZUSAMMENFASSUNG

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, gegründet 1927 als Österreichisches Institut für Konjunkturforschung, zählt zu den ältesten Forschungseinrichtungen dieser Art in Europa. Das Buch bietet einen Überblick über die Entwicklung seit seiner Gründung und damit auch über den Wandel der empirischen Wirtschaftsforschung, ihrer Themen und ihrer Methoden. Darüber hinaus spielten das Institut bzw. dessen Leiter eine wichtige Rolle in der Beratung der Wirtschaftspolitik. Ebenso behandelt wird die zentrale Frage der Unabhängigkeit des Instituts und seiner Finanzierung.

DOI

10.59288/wug492.197

In wenigen Jahren wird das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), gegründet 1926 und in Tätigkeit getreten 1927, auf eine hundertjährige Geschichte zurückblicken können, ein Jubiläum, das durch das vorliegende Buch antizipiert wird. Öster-

reich war mit dieser Gründung kein Nachzügler, sondern folgte innerhalb kurzer Zeit dem US-amerikanischen Vorbild des 1920 gegründeten National Bureau of Economic Research (NBER), nur kurz nach der Gründung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsfor-

* Günther Chaloupek
Kontakt: guenther@chaloupek.eu

schung (DIW) 1925, ursprünglich ebenfalls Institut für Konjunkturforschung genannt.

Die empirische Wirtschaftsforschung, mit der diese Institute beauftragt waren, gab es natürlich schon vorher, primär an den ökonomischen Lehrkanzeln der Universitäten, besonders intensiv in Deutschland unter dem Einfluss der Historischen Schule. Diese empirischen Untersuchungen widmeten sich einer Vielzahl von einzelnen Problemstellungen der Vergangenheit und der Gegenwart. Der Beobachtung und Berichterstattung der laufenden Entwicklungen nahm sich eine Art von Zeitschriften an, wie es sie seit Längerem kaum mehr gibt und die in Österreich durch den seit 1908 wöchentlich erscheinenden, von Walther Federn und später gemeinsam mit Gustav Stolper redigierten „Österreichischen Volkswirt“ repräsentiert war. Was neu war bei der Gründung eigener Institutionen für diese Aufgabe außerhalb der Universitäten, war die Idee einer systematischen laufenden Beobachtung auf wissenschaftlicher Grundlage dessen, was man zunächst etwas unscharf den „allgemeinen Geschäftsgang“ und dessen Konjunktur, also die wiederkehrenden Auf- und Abwärtsbewegungen, nannte. Die Ergebnisse der Arbeit dieser Institute sollten einerseits eine bessere und leichtere Orientierung der Unternehmungen für ihre Entscheidungen ermöglichen, gleichzeitig den zunehmenden Informationsbedürfnissen des Staates entsprechen, worin auch eine gestiegene Verantwortung der Wirtschaftspolitik für den kurzfristigen Wirtschaftsablauf zum Ausdruck kommt.

Die Initiative zur Gründung eines Konjunkturforschungsinstituts ging in Österreich von der Handelskammer Wien und deren Sekretär Ludwig Mises aus. Das Bemerkenswerte an der Konstruktion des österreichischen

Instituts war der Gedanke eines möglichst breit gestreuten Kreises von Träger- und Finanzierungsinstitutionen als Garantie seiner Unabhängigkeit von Staat und einzelnen Interessengruppen – ein Prinzip, das auch heute noch hochgehalten und nicht infrage gestellt wird. Mises musste für diese Form der Trägerschaft zuerst die Arbeiterkammer überzeugen, deren Sekretär Benedikt Kautsky zuvor für eine Ansiedlung eines solchen Instituts beim Bundesamt für Statistik, also unter staatlicher Ägide, plädiert hatte (12 f.). Neben den Handelskammern und der Arbeiterkammer scheinen u. a. der Hauptverband der Industrie, der Bankenverband, die Nationalbank und die Bundesregierung in der Liste der Geldgeber auf. Diese Institutionen waren in den Organen des Trägerversands vertreten, als Präsident fungierte der Präsident der Wiener Handelskammer. 1926 gegründet, nahm das Institut seine Tätigkeit 1927 auf, mit dem damals 27-jährigen Friedrich Hayek als Leiter und einzigem wissenschaftlichem Mitarbeiter, unterstützt von einer Sekretärin und einem Grafiker. Der Personalstand des Instituts wuchs unter der Leitung Oskar Morgensterns, der 1931 Hayek nachgefolgt war, stetig und für heutige Verhältnisse moderat an. Ab 1927 erschienen regelmäßig die „Monatsberichte“ des Instituts, und sie tun dies bis heute unter diesem Namen. Bei äußerlicher Kontinuität dokumentiert die Entwicklung dieser Publikation die tiefgreifende Veränderung, die sich in der empirischen Wirtschaftsforschung in den letzten hundert Jahren vollzogen hat.

Über die mühsame Arbeit insbesondere bei der Beschaffung von aktuellen Daten berichtete Hayek in seinem Vortrag bei der Veranstaltung zum 50-jährigen Institutsjubiläum. In den ersten Monaten des Instituts bestand seine Tätigkeit darin, „von Stelle zu Stelle

zu laufen, Ministerien und Wirtschaftsverbänden und einzelnen Industrien, und sie trotz des großen Misstrauens, das sie gegenüber Statistik hatten, zu überzeugen, dass die Mühe dafür stünde, solche Zahlen prompt und genau zusammenzustellen“ (Hayek 1977, 15). Zweifellos wurde auf dem Gebiet der Informationsbeschaffung und -aufbereitung viel nützliche Arbeit geleistet. Bei prognostischen Aussagen übte man sich in Zurückhaltung. Ein Indikator wurde nach dem Vorbild des damals berühmten „Harvard-Barometers“ konstruiert, für die laufende Entwicklung ein „Index des allgemeinen Geschäftsganges“, ein Sammelsurium von Daten über Produktion, Verbrauch, Preise, Löhne, Wagenstellungen der Bundesbahn, Giroumsätze etc. (15 f.). Es erscheint daher kaum verwunderlich, dass der spätere Institutsleiter 1928 in einer Monografie die Möglichkeit einer Konjunkturprognose schlicht negierte (16). Jedoch liegt diesem in seiner Absolutheit heute fast absurd erscheinenden Standpunkt eine im Fundamentalen wurzelnde Sicht der Österreichischen Schule der Nationalökonomie zugrunde, die in ihrer streng individualistischen Perspektive einer Gesamtansicht des Wirtschaftsprozesses in Form von Globalaggregaten skeptisch bis ablehnend gegenüberstand. Durch die von Mises, der eine solche Haltung in Extremform vertrat, geprägte Gründungskonstellation des Instituts und die damit verbundenen Personalentscheidungen war das Institut von vornherein auf einen Kurs gesetzt, der für eine kreative Entwicklung von Methoden und Praktiken empirischer Analyse alles andere als günstig war.

Hayek vertrat nachdrücklich auch in Bezug auf die Analyse der Konjunktur ein Primat der Theorie, wobei die Theorieansätze gerade der Österreichischen Schule für eine empirische Analyse denkbar wenig brauchbar

waren, insbesondere wenn man an ihre Fixierung auf „Disproportionalitäten“ denkt. Die Ablehnung der makroökonomischen Kreislaufanalyse führte dazu, dass das Institut an der Entwicklung einer gesamtwirtschaftlichen Volkseinkommensrechnung, an der damals z. B. vom NBER und vom DIW intensiv gearbeitet wurde, „keinerlei Interesse entgegenbrachte“ (17). Wenn die vielen später zu großer Prominenz gelangten Namen (nicht nur der Österreichischen Schule zugehöriger Ökonomen), die in der Liste der Institutsmitarbeiter in der Ära Morgenstern aufscheinen, diese erste Periode als „Glanzzeit“ erscheinen lassen, so ist dies alles andere als zutreffend, denn auf dem Gebiet seiner eigentlichen Aufgabenstellung war das Institut ein Nachzügler – obwohl es an ernsthaften Ansätzen dazu in Österreich nicht gefehlt hat – man denke z. B. an die Publikationen von Friedrich Hertz (1925 u. 1929). Einziger Versuch einer Berechnung des „Volkseinkommens“ war Adolf Kozliks erst 1937 in den Monatsberichten erschienener Beitrag, die erste Volkseinkommensrechnung wurde vom Institut erst 1950 veröffentlicht (Kausel 1973, 139 f.).

Wie sehr sich das Institut als Zentrum der Theoriediskussion verstand, zeigt die durch Hayeks Buch „Geldtheorie und Konjunkturtheorie“ 1929 eröffnete Publikationsreihe „Beiträge zur Konjunkturforschung“, in denen theoretische Fragestellungen dominieren. Attraktiv war das Institut auch als „Sprungbrett für eine akademische Karriere“ (Klausinger 2022, 59 f.) – freilich nicht in Österreich, wo die Chancen dafür gering waren. Erst im Laufe der 1930er-Jahre wurden aktuelle Probleme der Wirtschaftspolitik und Methodenfragen der Empirie in eigenen Beilagen zu den Monatsberichten ausführlich behandelt (Tichy 1973, 69).

Während in den Monatsberichten eine strenge Abstinenz von Politikempfehlungen befolgt wurde, war „privatim die Beratung der Regierung sowie der Notenbank in der Ära Morgenstern durch den Institutsleiter sehr intensiv“ (17). In den 1930er-Jahren kann man allerdings eine Öffnung gegenüber anderen theoretischen Ansätzen feststellen, die in der Aufnahme von links (u. a. Adolf Kozlik, Josef Steindl) und deutschnational (Reinhard Kamitz) orientierten Mitarbeitern zum Ausdruck kommt.

Nach der deutschen Okkupation wurde das Institut dem DIW und dessen Präsidenten Wagemann unterstellt, Kamitz fungierte bis zu seinem Wechsel in die Wiener Handelskammer 1939 als eine Art Geschäftsführer. Im März 1938 erschien ein von Kamitz verfasster umfangreicher Beitrag über die österreichische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Ersten Republik mit dem Titel „Österreichs Wirtschaftsnot und Wirtschaftspolitik vor der Eingliederung in das Reich“. Ein Bezug auf Österreich als geografische und politische Einheit war jedoch zunehmend unerwünscht, Hauptaufgabe unter dem neuen Namen Wiener Institut für Wirtschaftsforschung, das dem Berliner DIW unterstellt blieb, war die Südosteuropaforschung (22 ff.). Die meisten Mitarbeiter waren 1938 zur Emigration gezwungen worden. Noch im März 1945 wurde das Börsegebäude, in dem das Institut seinen Sitz hatte, durch einen Bombentreffer schwer beschädigt.

Die Wiederbelebung als Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung erfolgte unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs durch Franz Nemschak (1907–1992), der 1941 in das Institut eingetreten war. Nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst im Jänner 1945 war Nemschak wieder im Institut tä-

tig und darum bemüht, gemeinsam mit seiner Mitarbeiterin Grete Kohlhauser (spätere langjährige Konsumreferentin des Instituts) die Bestände aus dem Schutt des zerbombten Gebäudes auszugraben. Nemschak ergriff entschlossen die Initiative zur Wiederbegründung und prägte das Institut bis zu seiner Pensionierung 1972 in maßgeblicher Weise. Politisch aus der steirischen Sozialdemokratie kommend, war er 1934 zur Kommunistischen Partei übergetreten. Wie lange er der Partei angehörte, wird in dem Buch nicht untersucht, zweifellos war diese Verbindung hilfreich bei der Wiederbegründung des Instituts, die von der sowjetischen Besatzungsmacht, die Ostösterreich kontrollierte, offensichtlich nicht behindert wurde.

Als glückliche Weichenstellung für die Zukunft sollte sich auch Nemschaks Entscheidung, die von Mises geschaffene Trägerstruktur (Interessenverbände, Nationalbank, Staat) in Form eines Vereins im Interesse einer größtmöglichen wissenschaftlichen Unabhängigkeit beizubehalten, sodass sich das Institut schon im Oktober 1945 formal unter der Präsidentschaft von Handelsminister Heigl mit Karl Mantler (Arbeiterkammer) und Hans Mayer (Universität Wien) als Vizepräsidenten konstituieren konnte. Personell war eine gewisse Kontinuität durch die erwähnten Personen und Ernst John gegeben, seit 1935 Mitarbeiter des Instituts, das er nach 1945 gemeinsam mit Nemschak leitete, allerdings immer in dessen Schatten stehend bis zu seinem Wechsel ins ERP-Büro im Bundeskanzleramt 1961.

Inhaltlich aber unterschied sich die Orientierung des Instituts von jener der Zwischenkriegszeit geradezu diametral. Zwar bestanden die ab 1946 wieder regelmäßig erscheinenden Monatsberichte anfangs über-

wiegend aus einer Berichterstattung über die laufende Wirtschaftsentwicklung, das Denken in Kategorien der modernen Makroökonomie prägte jedoch von Anfang an die Arbeit des neuen Instituts, und es wurde intensiv an der Erstellung einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gearbeitet, deren Ergebnisse erstmals 1950 und später regelmäßig veröffentlicht wurden. Wenn Nemschaks persönliche Stärken vor allem in der konzeptionellen Wirtschaftspolitik lagen, so gelang es ihm „in kurzer Zeit, eine Reihe hervorragender Mitarbeiter einzustellen“ (31 f.). Zu nennen sind u. a. Hans Seidel (später Institutsleiter und Staatssekretär im Finanzministerium) und Stephan Koren (langjähriger Industriereferent, später Finanzminister und Notenbankpräsident). Entscheidende Impulse angesichts der Rückständigkeit der ökonomischen Lehrstühle an den österreichischen Universitäten auf dem Gebiet der Theorie kamen von den aus der englischen Emigration zurückkehrenden Ökonomen Kurt Rothschild (1947) und Josef Steindl (1950), die ihre in der Emigration erworbene Kenntnis der modernen keynesianischen Theorie und der modernen Techniken empirischer Wirtschaftsforschung in die Institutsarbeit einbrachten. Ein pragmatischer Keynesianismus wurde so zur grundlegenden theoretischen Orientierung für die empirische Arbeit des Instituts. Damit steht das WIFO entschieden im Kontrast zur theoretischen Dominanz der Österreichischen Schule im alten Institut für Konjunkturforschung. Theoretische Studien von WIFO-Mitarbeitern wurden außerhalb des Hauses publiziert.

Eine besonders enge Verflechtung des Instituts mit der Wirtschaftspolitik ergab sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit daraus, dass es über die für die noch bis in die 1950er-Jahre praktizierte Wirtschaftslen-

kung erforderlichen empirisch-statistischen Grundlagen verfügte. Dies führte zu einer Einbindung in die Verhandlungen über die Preis-Lohn-Abkommen (1947 bis 1951), der Betrauung Nemschaks mit der Leitung des ERP-Büros und der Vertretung Österreichs bei der OEEC (Vorgängerorganisation der OECD) durch Hans Seidel. Mit der zunehmenden Wiederherstellung marktwirtschaftlicher Verhältnisse trat die Funktion der wirtschaftspolitischen Beratung an die Stelle der Mitwirkung an administrativ-staatlichen Aufgaben.

Diese Aufgabe wurde öffentlichkeitswirksam von Franz Nemschak wahrgenommen. Während sich die Monatsberichte um eine sachliche, möglichst klare Darstellung bemühten und dabei Kritik an wirtschaftspolitischen Maßnahmen und auch Empfehlungen vermieden, wurden die öffentlichen Vorträge des Institutsleiters in einer eigenen Reihe „Vorträge und Aufsätze“ veröffentlicht (36). Nemschak sparte dabei nicht mit Kritik, was einige Male zu Konflikten mit der Politik führte, wie z. B. wegen seiner Kritik am 5. Lohn-Preis-Abkommen und seines Eintretens für eine raschere Abschaffung der Lenkungsmaßnahmen. Kam diese Kritik zwar politisch gesehen zu früh, obwohl sie in die richtige Richtung wies, so überschritt Nemschak mit seinem vehementen Eintreten für einen Beitritt Österreichs zur damaligen EWG bzw. seiner Ablehnung eines Beitritts zur EFTA doch eindeutig die Kompetenzen eines Wirtschaftsforschers (46 f.). Bei solchen und späteren ähnlichen Anlässen reagierten einzelne Trägerorganisationen mitunter mit Kürzungen der Finanzmittel, doch war dies nie so gravierend, dass die Unabhängigkeit des Instituts gefährdet gewesen wäre.

Die „Wandlung der Ökonomenszene“ (46) – Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer hatten inzwischen eigene fachlich hoch qualifizierte Expertenstäbe aufgebaut, und 1963 wurde das Institut für Höhere Studien (IHS) als Ausbildungs- und Forschungseinrichtung etabliert – führte zu einem breiteren wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Diskurs. 1963 gründeten die Sozialpartner als dritten Unterausschuss der Paritätischen Kommission den Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, der sich rasch zur „Schnittstelle von Theorie, Empirie und Politik“ entwickelte. Das WIFO war im Beirat durch Hans Seidel als sogenannten „ständigen Experten“ vertreten,¹ von ihm kamen wichtige Impulse für die Arbeit des Beirats, der „auch vielen anderen WIFO-Mitarbeitern die Möglichkeit bot, ihre Ideen in die Wirtschaftspolitik einzubringen“ (63). Seidel, Felix Butschek, Gunther Tichy u. a. fungierten als Leiter von Arbeitsgruppen des Beirats, das WIFO leistete wichtige Analysebeiträge zu den Beiratsstudien. Dies gilt in besonderem Maße für die seit 1970 alle zwei Jahre erstellte mittelfristige Budgetvorschau des Beirats (zuletzt 1986–1990).

Auch die regelmäßige Erstellung von Jahresprognosen für die österreichische Wirtschaft in einem vierteljährlichen Revisionszyklus 1963 durch das WIFO erfolgte unter der Ägide des Beirats, wo es gelungen war, Bedenken gegen eine solche Praxis seitens der Wirtschaftskammer auszuräumen. Mit dem IHS war dem WIFO ein Konkurrent erwachsen, womit sein gewohntes „Monopol wirtschaftsempirischer Wahrheit“ beendet

war. Das Verhältnis der beiden Institute entwickelte sich aber nicht zu einer Rivalität, sondern war überwiegend vom Geist der Zusammenarbeit geprägt (50). Gunther Tichy (1973, 80) konstatierte einen Nachholbedarf auf dem Gebiet der gesamtwirtschaftlichen ökonomischen Modelle – ein Quartalsmodell für Prognosezwecke befand sich damals im Stadium der Entwicklung, in Kooperation der beiden Institute. Ab Mitte der 1970er-Jahre erstellte auch das IHS eine vierteljährliche Wirtschaftsprognose. Man einigte sich auf eine gemeinsame Präsentation der Ergebnisse, die nur selten merklich voneinander abwichen. Eine mittelfristige Prognose über einen Zeitraum von vier Jahren wurde erstmals 1970 erstellt. Diese Prognose ist seit dem EU-Beitritt Österreichs Grundlage der mittelfristigen Budgetplanung im Rahmen des Maastricht-Regimes.

Schon bevor er 1973 Franz Nemschak als Institutsleiter nachfolgte, übernahm Hans Seidel eine Schlüsselrolle in der wirtschaftspolitischen Beratung, „nicht allein deshalb, weil ihn seine ökonomische Sachkunde dazu befähigte, sondern auch, weil es seinem Temperament entsprach, stets Wege zu einer Übereinkunft zunächst widerstreitender Positionen zu suchen“ (52). Als Liberaler vertrat er einen Keynesianismus amerikanischer Spielart (Samuelson), für Marktwirtschaft und Vollbeschäftigungspolitik in einem „korporatistischen System“. Mit der Konzeption des „Austro-Keynesianismus“ erlangte die österreichische Wirtschaftspolitik internationale Anerkennung (64 f.).²

1 Hier ist eine Berichtigung notwendig, denn Seidel hatte nicht, wie auf S. 51 f. behauptet, den Beiratsvorsitz, der halbjährlich zwischen den Sozialpartnervereinigungen wechselt.

2 Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang neben dem im Buch genannten Österreich-Symposium des amerikanischen Enterprise-Instituts (65) die Publikation des US-amerikanischen Aspen Institute for Humanistic Studies (1987).

Helmut Kramer (Leiter des WIFO 1981 bis 2005) nahm in der Wirtschaftspolitik eine ähnliche Rolle ein wie Hans Seidel, wie dieser „um Ausgleich der verschiedenen politischen Interessen [...] und um allgemeinen Konsens in der Wirtschaftspolitik bemüht“, er hatte ein „sehr gutes wirtschaftspolitisches Gespür“, und durch seine ausgefeilte Diktion „war er wohl der beste Präsentator unter allen WIFO-Chefs“ (73 f.). In gewisser Weise knüpfte er durch seine viel beachteten Vorträge im Oktogon der damaligen Creditanstalt, wo er mit geschliffenen Formulierungen regelmäßig seinen Jahresausblick präsentierte, an Nemschak an.

In seine Zeit fielen wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen für Österreich: über den EU-Beitritt und über wichtige Fragen im Zusammenhang mit der Ostöffnung, die Einführung des Euro, intern über die Privatisierung der verstaatlichten Industrie. Gemeinsam mit Seidel (damals Direktor des IHS) beriet er Bundeskanzler Vranitzky.³ Kramers Haltung zum EU-Beitritt und zur Integration Osteuropas war klar und dezidiert positiv, in der Beurteilung der Auswirkungen bzw. möglicher Begleitmaßnahmen leistete das WIFO durch umfassende Gutachten wichtige Hilfestellungen. Besonders zu erwähnen ist die von der Bundesarbeitskammer beauftragte Studie über Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt (Walterskirchen/Dietz 1998). Die Studie bildete die empirische Grundlage für die Forderung Österreichs nach Beschränkungen des Arbeitsmarktzugangs während einer siebenjährigen Übergangsfrist – in der Erwartung, die Lohnunterschiede würde

dann so weit geschmolzen sein, dass die Zuwanderung bewältigbar wäre, und auch, um Zeit für Anpassungsmaßnahmen zu gewinnen (82).

Die Krise der verstaatlichten Industrie in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre gab pessimistischen Einschätzungen über die internationale Wettbewerbsfähigkeit Auftrieb, kritisiert wurde die Grundstofflastigkeit der österreichischen Industrie, vom „Weltmeister auf schrumpfenden Märkten“ war die Rede. Das WIFO wurde mit einer umfassenden Strukturberichterstattung beauftragt und konnte so zu einer Versachlichung der mitunter emotional geführten Debatte beitragen. Die pessimistischen Zukunftseinschätzungen erwiesen sich bald als nicht zutreffend.

Der Wechsel zur ÖVP-FPÖ-Koalition (2000–2007) bedeutete eine tiefgreifende Veränderung im politischen Umfeld des WIFO, die für Kramer als Institutsleiter schwierige Situationen heraufbeschwor. In ihrer zeitweise sozialpartnerschaftsfeindlichen Haltung erschien der Regierung und besonders Finanzminister Grasser das maßgeblich von den Sozialpartnerorganisationen mitgetragene Institut als nicht vertrauenswürdig, auch wenn regierungskritische Publikationen von Mitarbeitern (z. B. Marterbauer/Walterskirchen 2000) außerhalb des Instituts erschienen. Grasser verstieg sich sogar dazu, dem Institut die Ökonomik der Österreichischen Schule anstelle des Keynesianismus als theoretische Grundlage nahezulegen. In dieser Situation, in der die Unabhängigkeit des Instituts so massiv infrage gestellt wurde wie

3 Nicht ganz stimmig ist die Erwähnung einer „guten persönlichen Gesprächsbasis“ Kramers mit Finanzminister Androsch (75). Androsch schied zum Zeitpunkt des Wechsels von Seidel zu Kramer in der Institutsleitung aus der Regierung aus, Seidel wurde Staatssekretär im Finanzministerium.

nie zuvor, erwies sich die Vereinsstruktur mit ihrer diversifizierten Trägerschaft als Schutzschild, da die Sozialpartnerorganisationen gemeinsam mit der Nationalbank die Forderungen des Finanzministers nicht unterstützten. Entlastung kam auch von einer Evaluierung durch eine international zusammengesetzten Professorenkommission mit positivem Ergebnis (Editorial 2002). Die Situation war bereits entspannt, als Karl Aiginger 2005 von Kramer die Institutsleitung übernahm.

Aiginger hatte bereits als Industriereferent des Instituts die Bedeutung von Innovationen für die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft unermüdlich hervorgehoben, verstanden nicht „nur als Kosteneffizienz“, sondern in Ländern wie Österreich als „Qualitätsvorsprung durch Innovationen“ (100). In der Beratungsaufgabe des WIFO verfolgte Aiginger die Strategie, Politikempfehlungen zu einzelnen Bereichen in umfassenden Gesamtkonzepten zu präsentieren, Synergien durch die Abstimmung der Teilstrategien zu realisieren und so den Wachstumspfad der österreichischen Wirtschaft anzuheben. Er konnte die Sozialpartner und die Nationalbank für die Finanzierung eines „Weißbuchs über Wachstum und Beschäftigung“ (2006) gewinnen, das auch einen detaillierten Umsetzungsplan enthielt (109 f.). Die Bedingungen für die Umsetzung des Weißbuchs verschlechterten sich mit dem Ausbrechen der internationalen Finanzmarktkrise 2008/2009 drastisch, Priorität erlangten die Erfordernisse des Krisenmanagements. Noch ambitionierter war der Anspruch des EU-Projekts „WWWforEurope“ (2012–2016), für welches das WIFO als siegreiches Institut in der Ausschreibung für die Führungs- und Koordinationsfunktion hervorging. In der Wirkung war dieses Großprojekt „wohl

eher ein Beitrag zur Bewusstseinsbildung [...], doch selbst das gelang nur beschränkt“ (112).

So wie die Formen der Politikberatung hat sich die wissenschaftliche Ausrichtung des WIFO im Laufe der Jahrzehnte erheblich geändert. Inhaltlich ist der Wechsel vom makroökonomieaversen Ansatz der Österreichischen Schule zum Keynesianismus am bedeutendsten. Methodisch zeigt sich ein tiefgreifender Wandel in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu immer mehr ausgefeilten und höher entwickelten Formen der empirischen Analyse, freilich um den Preis geringerer Anschaulichkeit und Verständlichkeit, welche die ersten Jahrzehnte charakterisierten. Zunächst „mangelte es dem Institut relativ lange an ausgebildeten Ökonomen“ (121). Es dauerte fast zwei Jahrzehnte, bis sich diese Situation durch die Gründung des IHS und die Einführung eines wirtschaftswissenschaftlichen Studiums (1966) änderte. Auch das Angebot an Wirtschaftsdaten war nach dem Zweiten Weltkrieg noch sehr bescheiden, Aussagen basierten zum Teil auf „Zahlengefühl“ und persönlichen Einschätzungen (121). Die Weiterentwicklung von Analysemethoden wurde wesentlich durch eine ständige Vergrößerung des Datenangebots ermöglicht.

Bei den Inhalten dominierte ursprünglich die Konjunkturbeobachtung und -analyse. Mit der Zeit wurde das Themenspektrum erheblich erweitert. „Das Themenfeld Konjunkturschrumpfte von zwei Fünftel der Publikationen in den 1970er-Jahren auf ein Viertel; alle anderen Forschungsbereiche wurden ausgeweitet“ (122). In den 1970er-Jahren waren Budget, Inflation und nach der Rezession 1975 Beschäftigung die beherrschenden Themen: Seidel verfasste mehrere Budgetberichte für das Finanzministerium, darüber hin-

aus eine Analyse über den längerfristigen Strukturwandel der österreichischen Wirtschaft (1974). Das erste Makromodell für die österreichische Wirtschaft wurde erstellt, das vor allem für Simulationen verwendet wird. Ein weiterer Schritt in Richtung Verwissenschaftlichung war die Gründung der Zeitschrift „Empirica“ 1974, die seit 1980 in Kooperation mit der Nationalökonomischen Gesellschaft herausgegeben wird.

Dem Strukturwandel galt das besondere Interesse von Helmut Kramer, der in den 1980er-Jahren zum zentralen Thema wurde. Unter seiner Leitung wurde die gewachsene Bandbreite der Themen, die das WIFO mit seinen wachsenden Kapazitäten abdeckte, zu fünf großen Forschungsbereichen zusammengefasst, die auch heute noch die innere Struktur des Instituts bestimmen. Unter der Leitung von Kramer „wurde das WIFO von einem rein nationalen zu einem stärker international orientierten Institut“ (79), es beteiligt sich seither an mehreren internationalen Netzwerken und EU-Projekten.

Mit der Verwissenschaftlichung folgte das WIFO einem internationalen Trend, der von Karl Aiginger, der „die Mitarbeiter dazu drängte, in internationalen Journalen zu publizieren“, stark gefördert wurde (122). Der bisher größte internationale Erfolg des WIFO war die Betrauung mit der Gesamtführung des EU-Projekts „WWWforEurope“. Die damit gemachten Erfahrungen sind jedoch unter dem Gesichtspunkt der Politikorientierung zwiespältig, denn Projekte dieser Art steigern den Personal- und Koordinationsaufwand und richten „sich primär an Experten, für ‚normale‘ Politiker und Laien sind sie schwer verständlich“ (124).

Die Kapitel des Buches sind nach den Funktionsperioden der Institutsleiter eingeteilt, die bis zu Karl Aiginger immer aus dem Personalstand des Instituts kamen. Christoph Badelt (Leiter von 2017 bis 2022) war zuvor Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien und dem Institut als Vizepräsident verbunden, der aus Österreich stammende derzeitige Leiter Gabriel Felbermayr stand zuvor an der Spitze des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Es gibt eine bemerkenswerte Kontinuität ungeachtet der Unterschiede im persönlichen Stil – Ausdruck für die starke Identität des WIFO und seine Rolle in der öffentlichen Meinungsbildung.

Durch diese hervorgehobene Position unterscheidet sich die Rolle des WIFO von der Konstellation in Deutschland mit zahlreichen großen Wirtschaftsforschungsinstituten, von denen keines eine dem WIFO vergleichbare Bedeutung hat. Zwar gibt es heute neben dem IHS auch in Österreich andere Institutionen, die Prognosen erstellen (v. a. die Nationalbank), doch hat dies an der Dominanz des WIFO in diesem zentralen Aufgabengebiet wenig geändert. Das unverändert hohe Gewicht des Instituts in der politischen Öffentlichkeit hat wiederholt zu Spannungen und Konflikten mit den Finanzierungsgebern, meist vor allem mit der Regierung, geführt. Sowohl die Höhe der von konkreten Projektaufträgen unabhängigen Grundfinanzierung als auch die Vergabe von Projektaufträgen können als Instrumente der Einflussnahme auf Inhalte verwendet werden und bedeuten ein Risiko für die Unabhängigkeit des WIFO. Dennoch konnte in den nun bald 80 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg die Unabhängigkeit des Instituts bewahrt, „gelegentliche Anfechtungen konnten abgewehrt werden“, wie es im Resümee des Buches (131 f.) heißt. „Maßgebend dafür war[en] die Organisation als

Verein mit breit gestreuter Mitgliedschaft, und das Renommee des Instituts. Diese Assets die diversifizierte Finanzierungsstruktur gilt es sorgfältig zu bewahren.“

LITERATUR

Aspen Institute for Humanistic Studies/Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien (1987). Austria in the 1980's Heritage of the Past Contours of the Future. Queenstown, MD.

Chaloupek, Günther (2008). Grenzen der Wirtschaftspolitik. Rezension von: Oskar Morgenstern (2007). Die Grenzen der Wirtschaftspolitik. Unveränderter Nachdruck der 1. Auflage (1934). Wirtschaft und Gesellschaft 34 (2008), Nr. 4, 591–595.

Editorial (2002). Unabhängige Wirtschaftsforschung in einer pluralistischen Demokratie. Wirtschaft und Gesellschaft 28, Nr. 1, 1–7.

Hayek, Friedrich (1977). Zur Gründung des Instituts. In: 50 Jahre WIFO Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Wien, 12–19.

Hertz, Friedrich (1925). Zahlungsbilanz und Lebensfähigkeit Österreichs. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 167. Band, 2. Teil. München und Leipzig, Duncker & Humblot, 1–62.

Hertz, Friedrich (1929). Kapitalbedarf, Kapitalbildung und Volkseinkommen in Österreich. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 174. Band, 4. Teil. München und Leipzig, Duncker & Humblot, 39–96.

Kausel, Anton (1973). Der Werdegang der österreichischen Volkseinkommensrechnung. In: H. Seidel/H. Kramer (Hg.). Wirtschaftsforschung in Österreich. Eine Standortbestimmung. Professor Dr. Franz Nemschak gewidmet. Wien, 139–146.

Klausinger, Hansjörg (2022). Das Wiener Institut für Konjunkturforschung 1927–1938. In: Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie, XL. Band. Berlin, Duncker & Humblot, 45–85.

Marterbauer, Markus/Walterskirchen, Ewald (2000). Verteilungseffekte des Regierungsprogramms. Wirtschaft und Gesellschaft 26, Nr. 2, 183–198.

Morgenstern, Oskar (2007). Die Grenzen der Wirtschaftspolitik. Reprint der 1. Auflage (1934), Berlin u. Heidelberg, Springer-Verlag.

Seidel, Hans/Kramer, Helmut (Hg.) (1973). Wirtschaftsforschung in Österreich. Eine Standortbestimmung. Professor Dr. Franz Nemschak gewidmet. Wien.

Tichy, Gunther (1973). Konjunkturforschung in Österreich. In: H. Seidel/H. Kramer (Hg.). Wirtschaftsforschung in Österreich. Eine Standortbestimmung. Professor Dr. Franz Nemschak gewidmet. Wien, 55–83.